

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M.R. 1,50. Monatlich 50 Pf. Postzeitungliche Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergrößte Zeitspaltzeile (ober deren Raum 16 Pfg., für Veramalgams-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., anwärtige Anzeigen 20 Pfg. Zuzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 163.

Mittwoch, den 16. Juli 1902.

9. Jahrgang.

Sterben eine Zeilspalte.

Die Leiden des armenischen Volkes.

Zur Christenpflicht zu mahnen gilt es die Völker Europas. Verlassen, schände verrathen haben die „christlichen“ Staaten jene armenischen Christen, welche unter dem graufamen Szepter des türkischen Sultans dulden müssen, leiden müssen — zum größten Theil um ihres Glaubens willen! Und wir, die „gottlosen“ Sozialdemokraten müssen die frommen, überchristlichen, strenggläubigen Regierungen Europas anstacheln, vor dem Fanatismus der Muselmänner ihre Glaubensbrüder zu schützen.

In einer Berliner Volks-Versammlung am 26. Juni dieses Jahres war es der Reichstagsabgeordnete Genosse Eduard Bernstein, welcher mit einem Vortrag über „Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas“ die Agitation zu Gunsten jenes gepeinigten Volkstammes begann, für welchen die herrliche Zunftdiplomatie „christlicher“ Staatsmänner nichts, aber auch nicht das geringste gethan hat. Genosse Bernstein hat seinen Vortrag nunmehr im Druck erscheinen lassen, wodurch wir in die Lage versetzt sind, so weit es in dem kurzen Rahmen eines Zeitungsartikels möglich ist, unter Benützung seiner Angaben als Quelle auch unsere Leser über die armenische Frage aufzuklären.

Das armenische Volk steht im Mittelpunkt jener großen Frage, die man die orientalische Frage nennt und die zu irgend einer Zeit wiederum von neuem die Kulturvölker ernstlich in Anspruch nehmen, den Frieden unter den westlichen Kulturnationen gefährden, einen neuen Streitapfel zwischen diese Nationen werfen und infolgedessen kulturhemmend wirken kann.

Es sind aber auch noch andere Gesichtspunkte, die es uns, ganz abgesehen von allgemein menschlichen Rücksichten, dringend nahelegen, uns mit dem Schicksal des armenischen Volkes zu befassen. Europa, und mit Europa das deutsche Volk, hat eine direkte Verpflichtung gegenüber dem armenischen Volk einzulösen. Unsere deutsche Reichsregierung hat im Verein mit anderen Regierungen Europas im Juli 1878 auf dem Berliner Kongress, jener Zusammenkunft, welche die Großmächte nach Ablauf des letzten russisch-türkischen Krieges abgehalten haben, ganz bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem armenischen Volke übernommen, und für die Akte der Regierungen sind heute nur einmal die Völker mit verantwortlich. Namentlich dann, wenn es sich um Forderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit handelt und die Regierungen ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen, ist es die Aufgabe der Völker, die Regierenden energisch an die Einlösung ihrer Schuld zu mahnen.

Russland zwang der Türkei im März 1878 den Frieden von San Stefano ab und wurde durch ihr sozusagen der berufene Protektor der Armenier, d. h. der Schutzherr, dem von Seiten der Armenier das Recht zuerkannt wurde, über das Wohl der auf ihrem Gebiet wohnhaften christlichen Bevölkerung zu wachen. Und wenn Europa 1878 auf Veranlassung des englischen Staatsmannes Disraeli gegen den Vertrag von San Stefano einschritt, Russland mit dem Berliner Vertrag der Sonderpflicht ent hob, über die Armenier zu wachen und diese Pflicht ausdrücklich auf sich nahm, nun, dann muß eben diese Verpflichtung doppelt eingelöst werden.

Wie aber ist Europa dieser Verpflichtung nachgekommen? Nach der glaubwürdigen Schätzung von Fachleuten muß man annehmen, daß vor den großen Mordthaten über 2 Millionen Armenier in türkisch-Armenien gelebt haben. Heute sind es freilich sehr viel weniger. Formell — dem Buchstaben nach — sind die Armenier den Türken gleichgestellt; sie werden aber nichts weniger als gleichberechtigt behandelt. Die furchterlichsten Ausnahmesteuern machen den Armeniern das Fristen ihres Daseins fast unmöglich. Die Steuererträge werden, wie im 18. Jahrhundert vielfach in Europa, verpachtet und zwar auf dem Wege der Auktion an den Meistbietenden, der sie mit Hilfe von Gendarmen rücksichtslos einreibt. Und doch — die Steuerfrage ist noch die geringste Seite der Frage.

Der größte Theil des armenischen Gebiets der Türkei liegt an den Abhängen der Gebirgsketten, die sich vom Ararat her westwärts ziehen. Auf den östlichen Gebirgshöhen wohnen die Kurden, und weiter westlich die Tscherkessen, mohamedanische Hirtenstämme, welche die Sitten von Nomaden haben, rauflustige Krieger sind, Waffen tragen und mit denen selbst die türkische Regierung niemals fertig wird. Sie sind die Geißel der Thalbewohner. Der Kurde betrachtet den armenischen Bauer als seine milchende Kuh. Wenn dessen Vieh Junge bekommt hat, kommt der Kurde bzw. Tscherkesse und erpreßt einen Theil davon als Tribut von den Bauern. Wie die „Verbreitung des Christenthums“ in China den Raub der astronomischen Instrumente nicht hinderte, so verstehen die fanatischen Bekennere des Islam bei der gewaltthätigen Förderung ihrer Religion ihre Tathen zu füllen.

Um aber dort zu rauben, finden immer und immer wieder — ungehindert von der türkischen Regierung und von den europäischen Staatsmännern — Gemetzel und Massenmorde statt. In einer Note vom 11. Mai 1895 wurde zwar der türkischen Regierung ein Reformprogramm von den Mächten vorgelegt, welches den Armeniern aber nicht einmal die von dem Sultan unabhängige Selbstverwaltung ihrer Gemeinden und Provinzen versprach, sondern nur Schutz vor direkten Gewaltmaßnahmen. Natürlich nahm die türkische Regierung äußerlich die Forderungen der Mächte an.

Der Sultan ließ sogar dem englischen Premierminister, Lord Salisbury, bestellen, er stehe mit seinem Ehrenwort für die unverzügliche Durchführung ein. Aber wie haben er und seine Leute das Versprechen eingelöst? Es wurden nun gerade die ungeheuerlichsten Mordthaten ins Werk gesetzt, Massenabschlachtungen, die geradezu darauf gerichtet waren, das armenische Volk als solches vollständig vom Erdboden hinwegzufegen, Schlächtereien, wie sie die Geschichte in gleichem Umfange und gleicher Schrecklichkeit noch nicht gesehen hat, ohne daß der darüber schmunzelnde Sultan auch nur im geringsten einschritt.

Als Genosse Gradnauer im Reichstage die armenische Frage anschnitt, meinte Graf Bülow, Deutschland könne nicht der Hant Dampf in allen Gassen sein. Diesem Grundsatz stimmen wir zu, aber im Falle der Armenier liegt ein Vertrag vor, der gehalten werden muß, und so viel weiß auch Graf Bülow, daß die Armenier sich nicht selbst helfen können, daß für sie die Hilfe von außen kommen muß. Der wahre Grund seiner Ablehnung ist denn auch ein ganz anderer. Deutschland hat augenblicklich in Kleinasien gewisse materielle Interessen wahrzunehmen, die es seinen Fernern angenehm erscheinen lassen, mit dem Sultan gut Freund zu sein. Was das für Interessen sind, weiß Jeder: es handelt sich um die anatolische Bahn und um die Bagdadbahn, welche die Türkei konzessionirt hat und bei welchen deutsches Kapital theilhaftig ist. Mit der Bahn werden die europäischen Kapitalisten viel Geld verdienen und darum wollen die besitzenden Klassen und ihre Wortführer nicht einschreiten gegen die armenischen Greuel.

Die „christlichen“ Kapitalisten Europas haben die Existenz eines christlichen Volkes für Geld der Grausamkeit unchristlicher Volksstämme überlassen.

Die verfolgten, bedrückten und unterdrückten Armenier haben keine andere Hoffnung, als die auf die Hilfe, die ihnen von Europa wird; sie schauen geängstigt, hoffend und harrend auf das Thun der Großmächte, auf das Verhalten der großen Nationen, die durch den Berliner Vertrag verpflichtet sind, ihnen wirksam zu helfen. Da die Regierungen versagen, müssen die Völker ihre Schuldigkeit thun. Die Arbeiterklasse muß als unterdrückte Klasse den entrechteten Christen des Orients die hilfreiche Bruderhand leihen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Freiherr von Wangenheim mandatsmüde? Wie das „Neue Pomm. Tagebl.“ von zuverlässiger Seite hört, hat Freiherr von Wangenheim-Kl. Spiegel, der Vorsitzende des „Bundes der Landwirthe“, Freunden gegenüber die bestimmte Absicht geäußert, bei der nächsten Wahl eine Kandidatur nicht wieder anzunehmen. Vorsitzender des „Bundes der Landwirthe“ wollte er bleiben. Die Ausübung seiner parlamentarischen Thätigkeit hätte nachtheilige Folgen für sein Gut gehabt, die fernerhin zu ertragen, ihm seine Verhältnisse nicht gestatteten.

Die Aufstellung des Reichshaushaltsetats wird in ihren vorbereitenden Stadien diesmal mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft sein, vor Allem lassen sich nach Lage der Gesetzgebung für den nächsten Etat die Einnahmen aus der Zuder- und Branntweinsteuer nicht leicht schätzen. Es ist deshalb kaum zu erwarten, daß der Bundesrath mit der Prüfung des Etats vor Ende November fertig wird, und schon deshalb ist eine frühere Einbringung des Etats an den Reichstag als in den letzten Jahren nicht vorzuzusetzen. Man wird sie aber auch vermeiden, um die ersten Monate der wieder aufgenommenen Session ganz für den Zolltarif frei zu halten.

Ueber die Lage der Angestellten in den Verkehrsgewerben hat der „Verein für Sozialpolitik“ Untersuchungen angestellt, die soeben der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Publikation auf die noch zurückzukommen sein wird, füllt einen stattlichen Band, bleibt aber doch weit hinter dem ursprünglich in Aussicht genommenen Plane zurück. Der Grund liegt hauptsächlich darin, daß der Verein bei seinen Bemühungen auf energischen Widerstand bei den amtlichen Stellen stieß, die sich in dieser Beziehung nicht gern in die Karten gucken lassen möchten. Insbesondere hat der Bericht über die soziale Lage der Eisenbahner in Preußen eine nicht uninteressante Vorgeschichte. Der Vorsitzende und Leiter der Unternehmung, der frühere preussische Handels-

minister, Staatsminister v. Berlepich hatte sich an den früheren Eisenbahnminister Thielen mit der Bitte gewandt, dem Verein bei seinen Erhebungen seine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, damit die eingehende Darstellung der Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der preussischen Staatsbahnen die Vortheile des Staatsbahnsystems auch für diese in ein helles Licht stelle. Dieses Gesuch ist indessen von Herrn Thielen abschlägig beschieden worden, und zwar ohne daß der Eisenbahnminister irgendwelche Gründe für sein ablehnendes Verhalten anzugeben für gut befand; und seinem Beispiel folgten Bayern, Sachsen, Baden. Dieses Verhalten des bisherigen Eisenbahnministers wirkt um so befremdlicher, wenn man hört, daß das österreichische Eisenbahnministerium den Erhebungen des Vereins die weitgehendste Förderung zu Theil werden ließ und ihm in bereitwilligster Weise seine Erhebungen über die Lage der Eisenbahnwächter zur weiteren Verarbeitung zur Verfügung stellte. Die Enquete kam dann schließlich nur dadurch zu Stande, daß der Bearbeiter der Materie, Waldemar Zimmermann, zum Zwecke eigener Beobachtung im Osten und Westen Preußens für längere Zeit als Arbeiter in den Bahndienst trat und hier Beobachtungen anstellte und die andrer zu sammeln Gelegenheit nahm. — Was für ein böses Gewissen muß doch die preussische Eisenbahnverwaltung haben, daß sie sich so ablehnend verhielt!

Die Unternehmer gegen den Zolltarif. Der „Verband Berliner Metallindustrieller“ überfandte dem Staatssekretär des Innern und dem Minister für Handel und Gewerbe eine von 184 Firmen unterzeichnete Resolution, in welcher sich dieselben gegen jede Erhöhung resp. Neueinführung von Zöllen auf Rohmaterialien der Metallindustrie, insbesondere gegen die über den Tarifentwurf des Bundesraths noch hinausgehenden Anträge des Zentralverbandes deutscher Industrieller erklärten. Man fürchtet von der Annahme des Entwurfs und der Anträge eine Vertheuerung der Produktion und eine Verminderung des Absatzes auf dem inneren Markt und eine Schwächung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Auch der Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten richtete an die Reichsregierung eine Resolution, in der er sich gegen jede Erhöhung der Lederzölle ausspricht. — Es wäre lobenswerth, wenn die bürgerlichen Interessentengruppen endlich beginnen würden, sich energisch gegen den schwachvollen Zollwucher zu wehren. Leider wird der Kampf gegen den gemeingefährlichen Zolltarif bisher nur von der Sozialdemokratie energisch geführt.

Im Prozesse Sanden und Genossen wurde am Montag bei der Eröffnung der Sitzung endlich die Verweisklausur für geschlossen erklärt. Sodann ergriff Staatsanwalt Beck das Wort zur Schulfrage. Nach mehrstündigen Ausführungen beantragte er, schuldig zu erachten: Eduard Sanden 9 selbstständiger Handlungen, nämlich eines Vergehens gegen das Bankgesetz, 3 Bilanzverschleierungen in Verbindung mit Untreue und fünf Fälle der Untreue; Ed. Schmidt 4 selbstständiger Handlungen, nämlich 2 Bilanzverschleierungen in Verbindung mit Untreue, 2 Fälle der Untreue; Buchmüller 4 selbstständiger Handlungen, nämlich 2 Fälle der Beihilfe zur Bilanzverschleierung, 2 Fälle der Beihilfe zur Untreue; D. Schmidt, 5 selbstständiger Handlungen, nämlich dreier Bilanzverschleierungen und zweier Fälle der Untreue; Warsinski einer selbstständigen Handlung, nämlich der Beihilfe zur Bilanzverschleierung; Otto Sanden und Alexander Hänische je 5 selbstständiger Handlungen, nämlich eine Bilanzverschleierung, 2 Fälle der Beihilfe zur Untreue und 2 Fälle der Untreue. Was die Strafmaßnahme betreffe, so sei zu erwägen, daß alle Angeklagten mit Ausnahme von Ed. Schmidt aus ihrer Thätigkeit in diesen Banken reich geworden, die Banken aber verkracht seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen: Eduard Sanden 6 Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre; Heinrich Schmidt 2 Jahre Gefängnis; Buchmüller 4 Jahre Gefängnis; Eduard Schmidt zwei Jahre Gefängnis; Warsinski 5 Monate Gefängnis; Otto Sanden 4 Jahre Gefängnis; Hänische 1 Jahr 3 Monate Gefängnis; Der Staatsanwalt beantragte ferner: bei Otto Sanden und Hänische je 1 Jahr 2 Monate, bei Ed. Schmidt und Warsinski je 1 Jahr 4 Monate Untersuchungshaft anzurechnen und gab anheim, auch bei Ed. Sanden, Heinrich Schmidt und Buchmüller einen Theil der Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen. Man müsse angehts der langen Dauer der Untersuchungshaft berücksichtigen, daß die Angeklagten 10 Jahre gebraucht haben, um die Thaten zu begehen. Der Staatsanwalt beantragte außerdem folgende Geldstrafen: Gegen Eduard Sanden 15 000 Mk. eventuell 1 Jahr Gefängnis, gegen Heinrich Schmidt 3000 Mk. eventuell 200 Tage Gefängnis, gegen Buchmüller 5000 Mk. eventuell für 15 Mk. je 1 Tag Gefängnis, gegen Eduard Schmidt 3000 Mk., gegen Warsinski ebenfalls 3000 Mk. eventuell je 200 Tage Gefängnis, gegen Otto Sanden 10 000 Mk. eventuell noch 1 Jahr Gefängnis, gegen Hänische 1500 Mk. event. noch 100 Tage Ge-

lokalster Weise mit der Ernennung Valfours einverstanden erklärt und ihm volle Unterstützung zugesichert habe.

Afrika.

Die Burenführer Dewet, Delarey, Botha und Reich, die am 8. August in Holland eintreffen werden, sind nach der „Münchener Allg. Ztg.“ von einer Gruppe einflussreicher Männer in London eingeladen worden, nach England zu kommen. Ihnen ist eine bedeutende Summe zugesagt, wenn sie die beabsichtigte Sammlung in den europäischen Ländern für die Burenwitwen und Waisen aufgeben würden. Die Burenführer haben indessen diese Einladung abgelehnt.

Starke Truppenmassen ziehen die Engländer an der Basutolandgrenze zusammen, weil der Krieg mit den Basutos nicht unwahrscheinlich ist. Mit der bisherigen Unabhängigkeit der Basutos dürfte es jedenfalls bald aus sein.

Aus **Johannesburg** meldet „Reuters Bureau“: Die britische Regierung hat dem Vorschlag der Transvaalbehörden zugestimmt, daß die Mitglieder des Gesetzgebenden Rathes erheblich vermehrt und ihm nichtamtliche Vertreter beigegeben werden. Der Rath, wie er jetzt zusammengesetzt ist, wird auch weiterhin Gesetze dringlichen Charakters erledigen, aber es wird geplant, daß alle wichtigen Angelegenheiten, bei denen die Entscheidung verschoben werden kann, ohne daß das öffentliche Interesse verletzt wird, für den verstärkten Gesetzgebenden Rath zurückgestellt werden sollen.

Westindien.

Ein **dritter, sehr heftiger Ausbruch des Mont Pelee** ist nach einer Privatmeldung des „Matin“ aus Fort de France erfolgt. Mittheilungen aus dem Innern der Insel besagen, daß dort eine starke Panik herrscht. Die französische Mission ist am Sonntag nach St. Pierre abgegangen. In Bestätigung dieser Nachricht meldet ein amtliches Telegramm des Gouverneurs von Martinique, daß in der Nacht vom 12. zum 13. Juli ein neuer heftiger Ausbruch des Mont Pelee mit Flammen-, Stein- und Aschenregen, sowie außerordentlich starken Detonationen stattgefunden habe. Ums Leben gekommen sei Niemand.

Vereinigte Staaten.

Vom **Streik der Frachtverlader** (Eisenbahnarbeiter) in Chicago wird gemeldet: Eine Zusammenkunft zwischen den ausständigen Frachtverladern und den Eisenbahndirektoren führte zu keinem endgiltigen Ergebnis. Eine Hungersnoth droht auszubrechen infolge des Ausstandes und der Unthätigkeit anderer Arbeiterklassen, die auf Seiten der Frachtverlader stehen. Große Mengen von Verderben ausgelegter Waaren gehen in den Lagerhäusern der Eisenbahnen zu Grunde. Die ausständigen Frachtverlader haben sich geweigert, die Arbeit aufzunehmen, so lange eine Einigung noch nicht erzielt ist. Die Eisleute weigerten sich, Eis zu liefern, um die durch den Ausstand zurückgehaltenen Waaren vor dem Verderben zu schützen. Der Schaden, den die Kaufleute allein bisher durch Verderben der Waaren erlitten, wenn keine Einigung zu Stande kommt, wird auf 500 000 Dollars (über zwei Millionen Mark) geschätzt.

Amerika.

Vor **eigem Staatsstreich**, wie sie in den südamerikanischen Republiken an der Tagesordnung sind, steht anscheinend Uruguay. Präsident Cuéllar erklärte, eine Verschwörung gegen sein Leben sei entdeckt worden. Zwei Senatsmitglieder, die in die Angelegenheit verwickelt sein sollen, wurden verbannt. Die Abgeordnetenversammlung protestirte gegen dieses Vorgehen als ungefällig. Mehrere Militärpersonen wurden verhaftet. Man glaubt jedoch, der Präsident suche nur eine Gelegenheit, um die Diktatur zu errichten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 15. Juli.

Zuzug ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Banarbeitern nach Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmshagen, Harburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Breech, von Steinsehern, Kammern, Steinsehern und Granit-schleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg, von Klempnern nach Hamburg.

Ein **neues Stückchen** wird uns von dem bereits zu einer traurigen Berühmtheit gelangten Arbeitsnachweise der Metall-Industriellen in der Fischergrube berichtet. Als heute Morgen ein 49 Jahre alter Schmied, wie schon so oft, um Arbeit anfragte, erhielt er abermals die wenig tröstliche Antwort, daß keine Arbeit für ihn vorhanden sei. Als der Arbeitsuchende darauf bemerkte, das er keine Arbeit mehr wünscht, da doch erst am Montag wieder ein Schmied auf der Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft durch den Arbeitsnachweis eingestellt worden sei, erklärte ihm der Beamte des Arbeitsnachweises kurz und bündig: „Wenn Sie nicht da sind, bekommen Sie keine Arbeit.“ Als demgegenüber unser Gewährsmann sich darauf berief, daß er sich doch bereits seit dem 6. Dezember 1901 jeden Tag um Arbeit bewerbe, ohne jemals eingestellt zu sein, gab ihm der Beamte barsch zur Antwort: „Sie haben hier gar nichts zu verlangen; Sie sollen bitten, wenn Sie Arbeit haben wollen;“ zugleich aber wies er dem Arbeiter auch die Thür. — Der Vorfall spricht für sich selbst und bedarf keines Kommentars.

Das **Werk- und Zuchtshaus zu St. Annen** zählte, wie wir dem dieser Tage erschienenen Jahresberichte der Vorsteherschaft entnehmen, am Schlusse des Jahres 53 Zuchtshausgefangene (darunter 5 Frauen), 41 Haftgefangene, 131 Korrigenden (darunter 3 Frauen), und 2 weibliche Sieche. Die Gesamtzahl der Insassen, welche während des Berichtsjahres die Anstalt bevölkerten, betrug 1487 Männer und 15 Frauen; darunter befanden sich allein 1203 Haftgefangene. Die Zahl der Verpflegungstage betrug insgesammt 76 320; auf Zuchtshausgefangene entfielen davon 19 200, auf Haftgefangene 16 276, auf Korrigenden 40 114, auf Sieche 730. Im Durchschnitt stellten sich die Kosten pro Kopf und Tag auf 32,1 Pfennig (im Vorjahre 31,7 Pf.). Den Außenarbeitern wurden an 12 676 Beschäftigungstagen besondere Verpflegungszulagen gewährt. Die Kosten hierfür im Betrage von 1228,21 Mark, wurden vom Arbeitshetriebe selbst

gedeckt. Von den im Laufe des Berichtsjahres in Haft gehaltenen Zuchtshaus- u. Gefangenen und Korrigenden waren verurtheilt zu 1 Jahr und weniger 1280 Männer und 6 Weiber, über 1 Jahr bis zu 2 Jahren einschl. 177 Männer und 4 Weiber, über 2 Jahr bis zu 3 Jahren einschl. 14 Männer und 1 Weib, über 3 Jahre bis zu 5 Jahren 7 Männer und 1 Weib, über 5 Jahre bis zu 10 Jahren 6 Männer, über 10 Jahre bis zu 15 Jahren 3 Männer und 1 Weib; außerdem beherbergte die Anstalt 2 zu lebenslanglichem Zuchtshaus verurtheilte Frauen. Die Zahl der Arbeitstage betrug bei einem Durchschnittsbestand von 209, 1 Zuchtshaus- u. Gefangenen und Korrigenden und bei 76 320 Hafttagen insgesammt 63 031. Unbeschäftigt blieben nur die arbeitsunfähigen Siechen, die Kranken und durch den Arzt von der Arbeit befreiten Gefangenen, im Durchschnitt täglich 4 Gefangene. Die gesammten Arbeitsverdiensttheile der Gefangenen beliefen sich auf 7928,68 Mk., während sich der Bruttoarbeitsbetrag der Anstalt aus der Arbeit der Häftlinge auf 51 317,79 Mk. stellte. Der baare Reingewinn der Anstalt aus der Gefangenenarbeit betrug im Berichtsjahre auf 27 821,02 Mk. Da die Gesamtausgaben der Anstalt sich auf 89 907,12 Mk. stellten, denen nur eine Einnahmen von insgesammt 61 074,52 Mk. gegenüber stand, so mußte zur Ausgleichung der Haushaltsrechnung die Staatskasse einen Zuschuß von 28 832,60 Mk. leisten. Das sittliche Verhalten der Gefangenen war im verflossenen Jahre im allgemeinen befriedigend. An Disziplinarstrafen wurden verhängt: 40 Berweise; 86 weitere Häftlinge wurden mit einjähriger Einsperrung mit oder ohne Entziehung von Kost oder der Verfügung über den Arbeitsverdienst u. bestraft. Völlig straffrei geblieben sind 92,6 Proz. aller Gefangenen; also immerhin ein hoher Prozentsatz.

Ein **schwerer Unglücksfall** stieß, wie ein hiesiges Blatt zu melden weiß, einem Ehepaar aus Lübeck zu, das am Sonntag in einem einspännigen Stuhlswagen eine Tour nach Reinfeld unternommen hatte. Auf der Chaussee begegnete ihrem Fuhrwerk ein Automobil, wobei das Pferd scheu wurde, als der eine der Automobilisten das Signalhorn ertönen ließ. Wagen und Insassen stürzten in den Graben. Leider soll sich der Besitzer des Wagens dabei mehrere Rippen gebrochen haben, während die Frau mit einigen Quetschungen davon gekommen zu sein scheint.

Auf **Grund geriet** Sonntag Nachmittag bei der Einfahrt in die Trabe, kurz vor dem Süderbollwerk, die von See zurückkommende Luftschiff „Itala“ in ein Marinefahrzeug, das zufällig einige Minuten später Trabemünde passirte, befreite schließlich die Nacht aus ihrer unangenehmen Lage und schleppte sie nach dem Hafen.

Die **Wasserwärme der Badeanstalt des Strahenteiches** betrug Montag 17 Grad Celsius.

Konkurrenzöffnung. Ueber den Nachlaß des am 22. Juni verstorbenen Weinhändlers C. Chr. Wolge wurde am 14. Juli, Vormittags 10¹/₄ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Mollwo. Konkursforderungen sind bis zum 30. August beim Gericht anzumelden.

Ueber den **Diebstahl in der Karpfenstraße**, über welchen wir bereits gestern berichteten, meldet der Polizeibericht: In der Nacht vom 13. zum 14. ds. Mts. ist in einem an der Karpfenstraße belegenen Hause ein Diebstahl mittelst Einsteigens verübt. Es wurden gestohlen: 1 silberne Remontoir-Uhr (Glashüttenwert) Gehäusenummer 199 637 mit einem schwarzen seidenen Band mit schwarzem Schieber, eine fast neue Eisenbahnbeamten-Diensthohe mit blauer Bise, ein braunes Lederportemonnaie mit 16 Mk., bestehend aus einem 10 Mk.-Stück, vier 1 Mk.-Stücken, einem 50 Pf.-Stück und Nickelmünzen, ferner enthielt das Portemonnaie eine Mitgliedskarte des Lübecker Beamtenvereins, einen kleinen polirten Kassenschlüssel, eine Anzahl Kurrentschriftfedern und mehrere 10 Pf.-Briefmarken; auch nahm der Dieb ein graues Hausjacket mit.

Aus dem **Gerichtssaal.** Der Kellner H. entwendete einem seiner Kollegen aus einem verschlossenen Koffer, den er mittelst eines Champagnerpropfenziehers geöffnet hatte, einen Ring und 2 Mark bares Geld. Die Strafkammer 1. vor der er sich deshalb Montag zu verantworten hatte, bestrafte ihn dafür mit 4 Monaten Gefängnis. — Die Entwendung einer Hose brachte dem wegen Diebstahls bereits vorbestraften Arbeiter L. — e die gleiche Strafe ein. — Von der Anklage, in einem abgeschlossenen Teiche bei Schwöbden unberechtigt die Fischerei ausgeübt zu haben, wurden der bereits häufig vorbestrafte Handelsmann W. — m und der Arbeiter H. — t kostenlos freigesprochen; die Staatsanwaltschaft hatte 6 bezw. 1 Monat Gefängnis beantragt. Das Gericht hielt jedoch die Schuld der beiden Angeklagten nicht für erwiesen, weil der Hauptbelastungszeuge, der Fischer St., nicht bestimmt behaupten konnte, ob er die Erlaubnis zum Fischen erteilt habe, wie die Angeklagten behaupteten, oder nicht.

Trabemünde. Die Ersatzwahl für das auscheidende Gemeinde-Vorstandsmitglied Maurermeister Hobe findet am nächsten Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, statt. Das Lokal befindet sich im Hotel „Prinz Heinrich“.

Schwartau. Die Wahl der Abgeordneten zum oldenburgischen Landtag ist auf Dienstag den 14. Oktober angesetzt. Es ist deshalb an der Zeit, daß diejenigen, welche das oldenburgische Wahlrecht erwerben wollen, jetzt die nötigen Schritte einleiten, andernfalls die Anträge keine Erledigung mehr finden, da zur Erwerbung des oldenburgischen Staatsbürgerrechts unter Umständen Monate vergehen können. Das Wahlrecht sowohl als Urwähler wie als Wahlmann hat jeder über 24 Jahre alte oldenburgische Staatsbürger. Ausgenommen hiervon sind diejenigen, welche unter Kuratel stehen oder innerhalb des letzten Jahres aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurden, ohne einen eigenen Herd zu haben, bei anderen in Kost und Lohn stehen. Auch Hausjöhne und Militärpersonen sind von der Wahl ausgeschlossen. Oldenburgischer Staatsbürger kann jede in einer oldenburgischen Gemeinde ansässige Person werden. Die Kinder erlangen durch die Geburt dasjenige Staatsbürgerrecht, welches der Vater oder (bei außerehelichen Kindern) die Mutter besitzt; also selbst wenn die betreffenden Kinder im Großherzogthum Oldenburg geboren sind, sind sie nicht ohne Weiteres oldenburgische Staatsbürger, wenn nicht der Vater das oldenburgische Staatsbürgerrecht besitzt. Die Wahl zum oldenburgischen Landtag ist eine indirekte; d. h. die Wahlberechtigten (Urwähler) wählen nicht direkt die Abgeordneten, sondern zunächst Wahlmänner, welche die Wahl der Abgeordneten vornehmen. Auf je 600 Einwohner eines

Ortes entfällt ein Wahlmann und auf je 10 000 Einwohner eines Wahlkreises ein Abgeordneter. Wenn der Ueberschuß mehr als die Hälfte dieser Zahl beträgt, so wird dafür noch ein Abgeordneter gewählt. Die Zahl der Abgeordneten erhöht sich bei der im Herbst 1902 stattfindenden Wahl von 37 auf 40. Im Fürstenthum sind 4 Abgeordnete zu wählen. Die Erwerbung des Staatsbürgerrechts muß Pflicht eines jeden Steuerzahlers sein, sofern er noch nicht im Besitze des selben ist. Er geht dadurch keinerlei Rechte in seinem Heimathlande verlustig, sondern bleibt, was er ist, und gewinnt außerdem im oldenburgischen Lande das Recht, sein Landtags-Wahlrecht ausüben zu können. Insbesondere sollten es sich die Arbeiter angelegen sein lassen, das Staatsbürgerrecht zu erwerben.

Uebstoe. Die Obduktion der Leiche der Arbeiterfrau Naujack hat den Mordverdacht gegen den Ehemann nicht bestätigt; die Aerzte nehmen vielmehr Tod in Folge von Alkoholvergiftung an.

Aus der **Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Zimmerer in Altona beschloßen, in den allgemeinen Streik einzutreten, falls die Innung die Aussperrung der Maurer nicht aufheben sollte. — Das Gewerkschaftsfest in Wandsbek, das Sonntag stattfand, erfreute sich eines noch stärkeren Besuches als in den Vorjahren; es verlief in völliger Harmonie. Die Festrede hielt Genosse Ph. Müller. — Wegen Beleidigung eines Maurermeisters verurtheilte die Strafkammer in Bremen, als Verurtheilten, unsern Genossen Dittmann, verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ in Bremerhaven, zu 200 Mark Geldstrafe; das Schöffengericht war f. Bt. zu einem Freispruch gelangt. Der Verurtheilte meldete sofort Revision an.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der bei der Hamburg-Amerikanischen Padeisfahrt-Aktiengesellschaft angestellte gewesene Schiffsjahrmelker Lütge hat 1200 Mk. veruntreut und hat sich dann mittels Ertrickens das Leben genommen. — In Dhe bei Schönningstedt legte Sonntag Nachmittag ein Großfeuer acht Gewerke in Asche. Anstehend liegt Brandstiftung vor. — Ein Dienstknecht, welcher Sonntag Morgen in der Kirche in Stellingen seine Andacht verrichtete, brach mit einem Aufschrei zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet. — Von einem Vollen angegriffen und ziemlich erheblich verletzt wurde Freitag in Grabowhöfe (Medlbg.) der Kuhfütterer Dewerenz, als er mit dem Melken der Kühe beschäftigt war. Er mußte sich nach Wahren in ärztliche Behandlung begeben. Außer Verletzungen am Unterkörper trug er tiefe Fleischwunden am linken Arm und an den Händen davon. — Die Strafkammer in Bremen verurtheilte den Buchhalter Göring, welcher der neuen Spartafasse innerhalb 30 Jahren 70 000 Mk. veruntreute, zu drei Jahren Gefängnis.

Hamburg. Zur Aussperrung im Baugewerbe. Die Maurer traten Sonntag Mittag im Springborn'schen Lokal zusammen, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Der zweite Gegenstand war Akkordarbeit. Kober erstattete den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Er betonte, daß die Innung „Bauhütte“ auf das Schreiben der Streikleitung keine Antwort gegeben habe. Was die gegenwärtige Situation anbetreffe, so liege sie günstiger, als man gedacht habe. Die Zahl der Aussperrten habe sich bedeutend verringert: eine Anzahl Kollegen würden Montag und in den nächsten Tagen in Arbeit treten. Die Versuche, Arbeitswillige heranzuziehen, seien den Unternehmern nicht so glücklich, wie vor kurzem. Der Streikleitung sei es gelungen, eine Anzahl Holländer, die unter falschen Vorpiegelungen durch Anwerber nach Hamburg gelockt wurden, in die Heimath zurück zu schicken. Zwar sei es den Unternehmern gelungen, 35 Schlichter zu bekommen, aber im allgemeinen machten die Unternehmer mit der Heranziehung von Arbeitswilligen Fiasko. Es arbeiten gegenwärtig 1300 Mann zu den neuen Bedingungen, während 900 Mann zu alten Bedingungen arbeiten. Von diesen 900 blieben 500 Maurer bei der Aussperrung in Arbeit. Die Zahl der ausgesperrten Maurer beträgt in Hamburg etwas über 400. Die Streikleitung war erst der Meinung, daß man eine verschärfte Taktik einschlagen müsse. Sie habe die Sache eingehend geprüft und sei unter den gegebenen Verhältnissen zu der Einsicht gekommen, es beim alten zu belassen. Man möge abwarten 1. welche Stellung die Innung einnehme, 2. und 3. was die Zimmerer und Bauarbeiter beschließen. Nebner schlägt im Namen der Streikleitung der Versammlung vor, eine abwartende Stellung einzunehmen. Im weiteren schlug Kober vor, falls Unternehmer, wo zu neuen Bedingungen gearbeitet wird, die Forderung zurückzuziehen, über deren Bauten die Sperre zu verhängen. Die Forderung, neunständige Arbeitszeit und 70 Pfennig Stundenlohn sei hoch zu halten. Nach eingehender Debatte, in welcher sich der größte Theil für den Antrag der Streikleitung erklärte, wurde derselbe nach einem Schlußwort Kobers gegen wenige Stimmen angenommen. Zur Akkordarbeit hatte Esttinge das Referat übernommen. Nebner ging auf den im Jahre 1900 vom Zweigverein Hamburg gefaßten Beschluß ein, nach welchem die Akkordarbeit aufgehoben wurde. Dieser Beschluß, den Nebner voll und ganz billigte, sei vom Vorstand des Zweigvereins Hamburg einer Prüfung unterzogen, weil wegen desselben eine Anzahl Verbandsmitglieder dem Verband den Rücken gekehrt, eine Sonderorganisation gegründet und den Verband geschädigt hätten, namentlich auch in der jetzigen Lohnbewegung. Jetzt leisteten dieselben Streikbrecherdienste und die der Innung angehörenden Unternehmer nützten dies aus. Die Innung strebe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln danach, Uneinigkeit in die Reihen der Verbandsmitglieder zu tragen. Durch dieses Vorgehen habe die Innung den § 1 des Arbeitsvertrages, wonach alle Arbeiten in Zeitlohn ausgeführt werden sollen, gebrochen und aus diesem Grunde müsse man der „Freien Vereinigung“ und der Innung einen Strich durch die Rechnung ziehen durch Falllassen des Beschlusses von 1900 und die Akkordarbeit wieder aufzunehmen. Nebner verlas eine längere Resolution, die dahin geht, daß zwar nach § 1 des Arbeitsvertrages alle Arbeiten in Zeitlohn ausgeführt werden sollen, dieses jedoch durch das Verhalten der Unternehmer hinwählig geworden sei und daß daher die Mitglieder des Zweigvereins beschließen, die Akkordarbeit aufzunehmen. Ferner verurtheilt die Resolution entschieden die Akkordarbeit und stellt in Aussicht, daß

Bürgerliche Sozialreformer und Sozialdemokratie.

Die Erörterung der von Dr. Freund angeschnittenen Frage, wie die bürgerlichen Sozialreformer, die Sozialdemokratie und die Arbeiterpartei zu einander stehen, wird noch weiter fortgeführt. Unsere Leser wissen aus früheren Artikeln unseres Blattes, daß Herr Freund (einer von der Verleppungsgruppe) die Sozialdemokratie geschmackvoll als das „Wiegewicht am Fuße der Arbeiterbewegung“ ansieht und bezeichnet. Genosse v. Elm hatte ihm darauf in den „Soz. Monatsheften“ eine Antwort erteilt, die er sich gewiß nicht an den Spiegel stecken wird. Der Wunsch der Verleppungsmänner, die Gewerkschaftler in eine Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie hineinzuhängen oder hineinzuloben, wurde zu Wasser. Der Stuttgarter Tag hat volle Klarheit gebracht. Nun nimmt aber noch einmal ein bürgerlicher Reformist, der Landgerichtsrath Kulemann aus Braunau, das Wort („Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ vom 7. Juli) und führt aus:

„Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei, aber sie ist nicht die Arbeiterpartei. Ihr Grundfehler ist der, daß sie politische und wirtschaftliche Forderungen, die selbst dann, wenn man sie nicht, wie ich es thue, für falsch hält, jedenfalls mit den Arbeiterinteressen nichts zu thun haben und von denen sie selbst zugeben muß, daß sie jedenfalls in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sind, mit ihrer auf die Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Thätigkeit vermischt und dadurch Schwierigkeiten schafft, die um so bedauerlicher sind, als leider der engherzige und kurz-sichtige Widerstand der herrschenden Klassen gegen jeden sozialen Fortschritt ohnehin Hindernisse mehr als genug bietet, für deren Ueberwindung alle Kräfte eingesetzt werden müssen, so daß man wirklich nicht nötig hat, sie noch durch andere, die keinen praktischen Zweck haben, zu vermehren. Sie handelt aber ferner un-gemein engherzig und thöricht, wenn sie diejenigen, die mit ihr das grundsätzliche Ziel einer Hebung der Arbeiterklasse theilen, die aber das beste Verfahren aus sachlichen und tatsächlichen Gründen mißbilligen, als Feinde der Arbeiterbewegung zu brand-marken sucht und die bürgerlichen Sozialreformer in ihrer Thätig-keit nach Kräften schädigt, anstatt sie als Bundesgenossen anzu-erkennen. Das alles thut sie lediglich aus dem Grunde, weil sie eben keine reine Arbeiterpartei ist, denn eine solche könnte nicht alle diese Unvernünftigkeiten begehen. . . . Wir (bürgerlichen Sozialreformer) haben die Pflicht, auf die großen Fehler, die die Sozialdemokratie mit dem von mir getadelten Verfahren begeht, hinzuweisen und nach Kräften darauf hinzuwirken, daß sie die-selben ablegt, d. h. daß sie die republikanischen, kollektivistischen und revolutionären Velleitäten aufgibt, mit einem Worte, daß sie eine reine Arbeiterpartei wird ohne jede Beimischung der be-ziehungsweise, den Arbeiterinteressen durchaus fremden Elemente. Für das Ziel aber, die Sozialdemokratie zu einer reinen Arbeiter-partei umzugestalten, glaube ich den allerwerthvollsten Bundesgenossen zu finden eben in der Ge-werkschaftsbewegung, denn gerade sie bietet alles, was wir für gut und richtig halten, nämlich die reine Arbeiterinteressen-politik, und sie vermeidet das, was wir, wie oben erwähnt, als diesen Interessen schädlich ansehen müssen.“

Auf diese Tiraden eines persönlich wohlwollenden und auch keineswegs unwissenden Mannes giebt die Redaktion des Korrespondenzblattes, die dabei nicht nur die General-kommission, sondern alle weitverbreiteten Gewerkschaftler hinter sich hat, folgende gute und entschiedene Antwort und Ab-sage:

„Da Herr Kulemann so freundlich war, uns über die Stellung der bürgerlichen Sozialreformer zur Arbeiterbewegung zu unterrichten, so wollen wir ihm und seinen Freunden auch unsere Meinung über die Stellung der gewerkschaftlichen Arbeiter zu den bürgerlichen Sozial-politikern nicht vorenthalten. Die Gewerkschaftsbewegung kämpft für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, für die Anerkennung ihrer Organisations-rechte bei der Vertretung aller wirtschaftlichen Arbeiterinteressen und als maßgebenden Faktor bei der Gestaltung der Arbeitsbedin-gungen und für eine flächendeckende Erweiterung des Einflusses der Arbeiter auf allen Gebieten wirtschaftlicher und sozialpolitischer Interessen. Sie sieht sich zur Erreichung dieser Aufgaben zu-

nächst auf die eigenen organisatorischen Kräfte; wo diese nicht ausreichen, schlossen sich die Arbeiter diejenige politische Vertretung, die ihren Klasseninteressen ent-spricht. Sie haben natürlich nichts dagegen einzusetzen, daß ihnen bürgerliche Kreise und Parteien, sei es aus reiner Men-schenfreundlichkeit und Hochachtung vor ihren großen, idealen Aufgaben, sei es aus nebenhergehenden Parteinteressen, Hilfe leisten, ihre Forderungen durchzusetzen, den Widerstand der Unternehmerklasse und die Allianz anderer Klassen und der Re-gierung mit dieser zu entwaffnen oder zu schwächen. Sie er-leuchten diese Hilfe an, ohne die mancher kleinere oder größere Fortschritt nicht errungen wäre, sie erwidern sie, indem auch sie für alle wahrhaft humanen und sozialen Bestrebungen eintreten, auch dann, wenn sie anderen Kreisen, als der Arbeiterklasse zu gute kommen. Das ist für sie ebenso selbstverständlich wie das Eintreten für den Arbeiterschutz ohne alle Nebenabsichten selbst-verständlich für jeden Sozialpolitiker sein muß. Sie weisen aber mit Entschiedenheit jeden Versuch zurück, die Arbeiter um dieser Hilfe willen politisch bevormunden zu wollen und sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Sie ver-langen das Recht ihrer freien persönlichen Ueberzeugung, wie sie die der bürgerlichen Sozialpolitiker respektieren: sie verlangen, daß die sozialpolitische Mitarbeit bürgerlicher Kreise um der Hebung der sozialen Lage der Arbeiter willen geschehe und nicht um parteipolitischen Nebenzwecke willen. Wer nicht im Stande ist, beides zu trennen, wer der Arbeiterbewegung nicht, wie sie ist, seine Hilfe und Mitarbeit widmen kann, der verzichte oder bekämpfe sie — die Arbeiter werden ihm sicher keine Thron-nachweihen. Sie werden herzlich gern auf ihre Mitarbeit ver-zichten, die getragen ist von der berechtigenden Ueberzeugung, daß die wirtschaftlich und politisch organisierte Arbeiterklasse, die die größte aller Kampforganisationen ins Leben gerufen, die eine maß-los ins Elend hinabgedrückte Gesellschafts-schicht in jahrhundertlangem, zähem Kampfe systematisch Stufe um Stufe empor-gehoben hat, daß diese politisch und wirtschaftlich organisierte Arbeiterpartei nicht reif genug sei, über ihre eigenen Interessen zu entscheiden.“

Nun werden die bürgerlichen Sozialreformer wohl mit ihrer aufbringlichen Belehrung der Arbeiterpartei genug Niederlagen erlitten haben, um sich einige Zeit ganz deren Verdauung widmen zu können.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Nachtwächter in Hannover ist beendet. Zwischen den Wächtern und der Direktion des Instituts hat eine Aus-sprache stattgefunden, die zu einem befriedigenden Ergebnis führte. Die Wächter haben infolgedessen ihren Dienst wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt.

Der Zentralverband der Töpfer blüht zur Zeit auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Aus 4000 Mitgliedern im Jahre 1892, die zum großen Theil auch nur auf dem Papier standen, sind über 8000 geworden, die nicht auf dem Papier stehen, sondern wirklich zahlende Mitglieder sind. Aus Anlaß dieses Jubiläums erscheint, wie wir dem „Vor-wärts“ entnehmen, die betreffende Nummer des Verbands-organs „Der Töpfer“, welches ebenfalls zehn Jahre besteht, in geschmackvoller Ausstattung.

Umfangreiche Arbeiterentlassungen werden auf der Danziger kaiserlichen Werft vorbereitet. Die Kündigung von über 500 Arbeitern soll beabsichtigt sein. Diese unerhörte Maßnahme bedeutet zur jetzigen Elendszeit nichts anderes, als die direkte Vernichtung einer großen Zahl Arbeiterexistenzen.

Neue Gewerbegerichte wurden im Jahre 1901 er-richtet in Quedlinburg, Ilversgehofen, Isehoe und Hamm.

2404 verkrüppelte Kinder unter 14 Jahren sind in der Provinz Schlesien durch behördliche Statistik kürzlich ermittelt worden. Vermögenden Familien gehören 232 Kinder an, unheimlichsten 2026. Hierin sind alle unehelich geborenen Krüppelkinder (10 Proz.) eingeschlossen. Nur 25 Proz. sind mit ihren Gebrechen geboren, während alle anderen erst später zu Krüppeln ge-worden sind. In 749 Fällen sind die Kinder noch von

keiner hilfreichen Hand berührt worden; man hat sie, sei es aus Unverstand, sei es aus Mangel an Mitteln, hilflos ihrem traurigen Zustande überlassen.

Der lübsche Regierung zur Beachtung em-pfohlen. Zur Beschäftigung von Arbeits-losern bewilligte am Donnerstag die Stadtverordneten-ver-sammlung in Offenbach a. M. 5000 M. Trotz der günstigen Jahreszeit haben sich nämlich auch in Offenbach die Arbeitslosen nicht vermindert, sondern es ist deren Zahl sogar von 65 im vorigen Monat auf 70 in diesem Monat gestiegen. — Die lübsche Regierung dagegen wollte nicht einmal im bittersten Winter der hungernden Arbeitslosen sich annehmen, sie leugnete vielmehr jeden Nothstand.

Die erste Arbeiterausstellung in Prag (15. August bis 8. September.) Die böhmischen Genossen wollen auch einmal, nachdem sie wie allüberall auf den bürgerlichen Aus-stellungen den Arbeitgebern zu Triumphieren verhasen müssen, selbstständig als Aussteller ihrer eigenen Ar-beit auftreten. Zu diesem Behufe treffen sie seit geraumer Zeit Vorbereitungen zu einer Arbeiterausstellung in Prag. In etliche Gruppen eingetheilt, wird diese Aus-stellung zunächst Arbeiten aus allen Gebieten menschlichen Wirkens enthalten. Das graphische Gewerbe wird auf dem Ausstellungsplatze die wichtigsten Arbeiten vorführen, zu welchem Zwecke Maschinen neuester Systeme dort aufgestellt werden. Die Typographen (Buchdrucker) arrangiren eine Sammlung sämtlicher Zeitungen, die in böhmischer Sprache erscheinen. Die Besucher werden bei dieser Ge-legenheit eine möglichst komplette Kollektion der amerika-nischen Zeitungen in böhmischer Sprache kennen lernen. Die Holzarbeiter bauen ein Häuschen, das sie angemessen einer Arbeiterbehausung ausstatten. Metallarbeiter werden ihre Erzeugnisse ausstellen. Die Abtheilung Plastik, Malerei . . . wird — auf einer Arbeiterausstellung wohl zum ersten Male — Arbeiten böhmischer Künstler umfassen, insofern sie aufs Arbeiterleben Bezug haben. Junge Künstler, Sucharda, Saloun, Kupka und andere, haben ihre Arbeiten in Aussicht gestellt. Das Komitee beabsichtigt, an diese sachmännischen Werke auch Arbeiten von Dilettanten aus der Arbeiterklasse anzureihen. In der That kamen An-meldungen, die davon zeugen, daß auch in den jungen Ar-beitern ein reger Sinn zunächst für Malerei vorhanden ist. Für die Gruppe Literatur liefern werthvolle Beiträge ein, bestehend aus einer Fülle von alten Zeitungen und handschriftlichen Dokumenten, die insgesamt von großem Nutzen für den Geschichtsschreiber der böhmischen Sozial-demokratie sein werden. Ueber Lohnverhältnisse und der-gleichen wurden mittels Fragebogen Daten eingeholt, die entsprechend für Tabellen und Diagramme verwertet werden. Das Komitee war auch bedacht, detaillierte Auskünfte über den Stand des Bücherwesens in allen Arbeitervereinen zu erlangen, weil dies einen Schluß auf den Wissensdrang der Arbeiterklasse gestattet. Die böhmische Arbeiterpartei ist von der Bedeutung der ersten Arbeiterausstellung vollaus über-zeugt und projiziert Massenbesuche nach Prag. Die böh-mischen Sozialdemokraten des Auslands werden auch aus Anlaß der Ausstellung eine Zusammenkunft in Prag ab-halten. Erstreckt ist die Anmeldung vieler deutscher Ge-nossen zu einem Besuche der Ausstellung. Das Komitee er-blickt darin einen neuen Beweis, daß die Solidarität der deutschen Genossen mit den böhmischen keine Phrase ist und wird mit Freuden an den Ausstellungstagen die deutschen Genossen begrüßen.

Frauen in leitender Stellung. Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz, wonach in Tirol der erste weibliche Bahnhofsvorsteher angestellt worden sei. Wie aber die „St. James Gazette“ mittheilt, marschirt Oesterreich in dieser Beziehung keineswegs an der Spitze der Kultur, wie man anlässlich der Mittheilung über die erste dortige Stationsvorsteherin annahm. Das genannte Blatt führt eine ganze Reihe von Beispielen an, in denen Frauen Stellungen geschaffen haben. In England ist die Stationsvorsteherin

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Kreger.

39. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ein Sturm der Entrüstung, gepaart mit Staunen und Verwunderung, ging durch die Residenz. Eine Jagd auf den Artikel begann. Abends in den Kneipen steckte man die Köpfe zusammen und begann zu lachen. Dort ließ eben Jemand das Wort „Vollwert“ fallen, und im Nu war er umringt, oder ein Duzend Ohren neigten sich bedächtig nach der betreffenden Seite, jedes andere Gespräch war verstummt. Man hörte so etwas wie „Graf Kraft — Schwester des Redakteur Hellmann — Wirtshaus — Mieseprojekt — Bankrott des gesammten Kapitals — Ruin der Gesellschaft — der Graf ein „Chlorose“ genannt“, und so weiter. Und dann kam die Frage: „Haben Sie das selbst gelesen?“ Und die Erwiderung folgte ganz leise: „Unter uns gesagt, Fritz hat die Zeitung in seiner Speisekarte, er ist doch ein pffiffiger Kerl — bestellen Sie sich Karte nur laut mit den Worten: „Fritz, die Speisekarte mit Beilage — er wird Sie sofort verstehen, aber seien Sie vorsichtig, dort drüben sitzt ein Spitzel.“ Und gleich darauf erscholl es aus einem halben Duzend Kehlen: „Fritz, die Speisekarte mit Beilage!“ Und so ging der Artikel von Hand zu Hand, und dem Spitzel wurde ein Schnippschen geschlagen.

Bei den Zeitungsvendekäufern auf der Straße wieder-holten sich ähnliche Szenen. Da trat soeben ein Mann heran, dem man den ehemaligen Unteroffizier auf hundert Schritt ansehen konnte. Er warf erst blitzschnell einen prü-fenden Blick auf die anscheinend Journalen am Kasten, dann zog er den Verkäufer bei Seite und redete ihm zu: „Wenn Sie auch drei Nummern vom Vollwert haben — 10 Mark gebe ich Ihnen.“ Und statt der drei Nummern mußte er die grobe Antwort einstecken: „Was denken Sie von mir, Herr Polizeikommissarius, ich bitte mir aus, wir nicht in

Verdacht zu bringen, da kennen Sie mir schlecht.“ Der „Geheim“ verschwand schneller, als er gekommen war, und der gewiegte Residenzler hinter seinem Kasten blickte ihm mit einer Miene nach, wie sie nur ein Händler mit ver-botenen Journalen zu machen im Stande ist, der soeben einen Spitzel geprellt hat. Gleich darauf trat ein Zweiter an den Kasten — ein Mann mit freiem, offenem Gesicht, und er forderte das verbotene „Vollwert“. Und im Moment hat der grobe Zeitungshändler sich verwandelt. „Hier — nehmen Sie heute mal die „Norddeutsche Ostküste“ mit der „Gratisbeilage“ — macht 50 Pfennige, weil nicht alle Tage Sonntag ist. Aber seien Sie ruhig, da kommt schon wieder ein Spitzel. Man muß diese Polizeiblicke kennen.“ Der Mann mit dem offenen, freien Gesicht verstand ihn. Ein paar Schritte entfernt faltete er das Organ der Ostküsten auseinander und steckte die verbotene Beilage des „Vollwert“ in seine Tasche.

Der Artikel im „Vollwert“ und die Verhaftung Hell-manns bildeten das Stadtgespräch, und so sensationell das Ereignis war, so groß war die Theilnahme, die man in allen Theilen der Gesellschaft, wo die Ehre des Mannes noch geschätzt wurde, für Hellmann empfand. Der plötzlichen Aufregung folgte eine Ernüchterung und man begann den Inhalt des Artikels zu analysiren. Hellmann hatte das in-time Verhältniß voras zu dem Minister rücksichtslos aufge-deckt. Nicht seine Schwester verdammte er, sondern den Minister, der seine gesellschaftliche Stellung so wenig achtete, daß er bis zum Ehebrecher sank. Schneidend fragte er ihn, ob er auch noch ferner den traurigen Muth haben würde dem Volke gute Lehren zu geben, die er selber nicht be-folge. Dann hatte er den Bahnhöf, der in dem Ro-loffschen Projekt lag, in seiner ganzen erschreckenden Nothheit dem Leser vor die Augen geführt. Mit haar-scharfer Logik bewies er den allmählichen Ruin des ge-sammten Privatkapitals zu Gunsten eines Hirngespinnnes. Er nannte den Minister offen einen strafwürdigen Ehebrecher

und Staatsverbrecher, der wegen beider Vergehen verdiene, gleich jedem andern Staatsbürger, vor Gericht gestellt zu werden. Dann hatte er mit den Worten geschlossen: „Excellenz, Sie haben einer Mutter das Herz gebrochen und einen Bruder fast zum Wahnsinn getrieben, achten Sie wenigstens noch den Muth, mit dem ein Mann seine Ehre preisgiebt. Lassen Sie mich heute Morgen verhaften, ich bin bereit — aber ich nehme die Genugthuung mit ins Gefäng-nis, daß ich Sie gezwungen habe, Ihr Portefeuille nieder-zulegen, daß ich das Volk von einem verworfenen Minister befreit habe.“

Das war eine Brandsackel, die dem Minister in's Gesicht geschleudert wurde. Jeder, der diese Worte las, entsetzte sich vor ihnen, aber die Leidenschaft, mit der der Artikel ge-schrieben war, packte und erschütterte. Da war keine einzige Tirade — knapp und kurz waren die Sätze. Der Schmerz, der die Brust des Schreibers durchwühlte haben mußte, lag in jeder Zeile. Jeder Mensch, der Gefühl hatte, mußte das empfinden.

Den ersten Tag nach dem Ereignis schwiegen fast alle Zeitungen über den Vorfall. Außer der kurzen, bereits er-wähnten Notiz wagte kein Blatt sich in Reflexionen zu er-gehen. Es war eine unheimliche Stille, die darüber herrschte. Die liberalen Blätter warteten auf die Regierungsorgane, und diese wollten den Angriff der demokratischen Journale abwarten. Endlich drang die Nachricht in die Öffentlichkeit, daß die Aeltesten der Kaufmannschaft und eine Anzahl Groß-kapitalisten und Vertreter der Industrie sich vereinigt hätten, an den Monarchen eine Deputation mit einer Denkschrift ab-zuschicken, in der im Namen der hauptsächlichsten Vertreter der Industrie und des Großkapitals gebeten würde, das Projekt der Staatswerkstätten aufzugeben. Man führte schneidige Gründe an und wußte nichts Besseres zu thun, als diese Gründe mit einigen Abänderungen dem Artikel Hellmanns zu entnehmen. Gleichzeitig wurde die Entlassung des Ministers gefordert, wenn keine Umkehr in seiner bis-

nichts neues, denn eine ganze Anzahl von kleinen Bahnhöfen befindet sich unter der Obhut von Frauen. Im Betriebe der australischen Staatsbahn ist eine ganze Anzahl von Frauen thätig, und im Staate Victoria giebt es nicht weniger als zweihundert Bahnhofs-Vorsteherinnen. Im Dorfe Witten in Gloucestershire verfiel eine alte Dame seit fünfzig Jahren den Dienst als Briefträgerin. Das Grafschaftsgefängnis von Kent in Newshottland untersteht weiblicher Leitung. Weibliche Direktoren giebt es in England sowie in Amerika, und eine der reichsten Frauen Englands ist Mitglied des Direktoriums eines der ersten Bankhäuser. Das britische Handelsamt verteidigt die See noch gegen die vordringenden Waidwörter und hat Lady Ernestine Bradenelle Bruce das Kapitänszertifikat verweigert; die verwitwete Lady Clifford dagegen besitzt ein solches und segelt ihre eigene Yacht im Mittelmeer. Die Postbehörde beschäftigt etwa 30 000 Damen in ihrem Dienste und zwischen 5000 und 6000 Postämter Englands werden von Frauen verwaltet.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der aus dem Zuchthaus in Brandenburg entflohenen Verbrecher, Schuhmacher Pappe, hat sich nicht lange der goldenen Freiheit erfreut. Am Donnerstag Nachmittag gegen 5 Uhr bemerkten Landarbeiter in der Nähe von Blau an der Havel einen nur nothdürftig bekleideten Menschen, der sich im Walde zu verbergen suchte. Sie vermuteten sofort, daß es Pappe sei und machten sich dabei, ihn zu verfolgen. Nach nicht langer Zeit hatten sie den Mann, der sehr ermattet war, eingeholt, umzingelt und mühelos dingfest gemacht. Pappe, denn dieser war der Gefangene, leistete keinen Widerstand. — Als ein Beitrag zur Sittengeschichte der Gegenwart kann die Thatsache gelten, daß augenblicklich im Untersuchungsgefängnis in Dresden etwa 50 Frauen und Mädchen unter dem Verdacht, Verbrecher gegen das keimende Leben begangen zu haben, ihrer Aburtheilung entgegenharren. Das Gefängnis ist durch die zahlreichen derartigen Verhaftungen jetzt überfüllt. — Die Strafkammer in Aachen hat die Frage, ob das Kartlegen ein Betrug aus Paragraph 263 des R. St. G. B. sei, verneint und eine aus diesem Grunde angeklagte Ladierersfrau freigesprochen. Sie hatte einer Anzahl Frauen und Mädchen aus den Karten Auskunft darüber gegeben, wie es um die Treue ihrer Ehegatten oder Verlobten bestellt sei, und sie hatte sich dafür Geld geben lassen. Der Gerichtshof legte bei der Begründung des Urtheils ein Hauptgewicht auf die durch die Beweisaufnahme festgestellte Thatsache, daß sowohl die Kartenlegerin als auch deren Kunden fest davon überzeugt gewesen und auch noch seien, daß aus dem Kartlegen die volle Wahrheit zu Tage getreten sei. — Eine brutale Szene spielte sich dieser Tage während einer Sitzung der Strafkammer in Mannheim ab. Der Tagelöhner Meule, einer der gefährlichsten Fuhlfahrer, wurde wegen verschiedener Diebstähle zu 3 Jahren 10 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Während der Urtheilsbegründung wandte sich Meule um und streckte einen Komplizen, der ungenüßig über ihn angeklagt hatte, mit einem furchterlichen Faustschlag zu Boden. Meule ist der Nämliche, der bei einer kürzlichen Verurtheilung die Richter Spitzhaken hieß und versprach, daß er, wenn er herankomme, dem ersten Wesen von ihnen den Hals abschneiden werde. — Wegen ungebührlicher erlittener Unterjochung wurde dem Zimmermeister Albrecht von Affeltingen (D.-A. Ulm) eine Entschädigung von 600 Mark zugesprochen. Albrecht wurde im vorigen Jahre beschuldigt, eine große Anzahl Brände in dem genannten Altbau gelegt zu haben. Nachdem er bereits nahezu ein Vierteljahr in Untersuchungshaft gesessen hatte, stellte sich in einem Meinungsprozeß heraus, daß der Nachwächter des Dorfes die Brände angelegt hatte. Albrecht wurde sofort aus der Haft entlassen, während der schuldige Nachwächter sich im Untersuchungsgefängnis ergänzte. — Die dicke Frau von Wien, mit einer Tailleweite von mehr als 2 Meter, wurde am letzten Sonntag zur letzten Habschichte hinausgetragen, ein schmachvolles Zeugnis für die Entschleunigung der Wiener Weiblichkeit. Sechs kräftige Männer konnten nur mit schwerer Mühe den Sarg heben, und einer zog sich dabei eine Verletzung zu. Sie wünschten ihr, daß die Erde ihr leichter sein möge, als sie ihr gewesen. In diesem irdischen Jammertal hieß die Frau Therese Allet und brachte es auf 66 Jahre und 200 Kilogramm. — In Südrupland hat Hiesige einen verachtigen Schaden angerichtet, daß eine theilweise Kibernetz in Asche ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Zu der harten Strafe von 8 Monaten Gefängnis verur-

theilte die Strafkammer in Bernburg (Anhalt) den Invaliden Leonhard J. von dort, welcher sich über den Herzog und die nunmehr verstorbenen Herzogin-Witwe ungehörig geäußert haben soll. Die Anzeige ist, wie bürgerliche Blätter berichten, von der eigenen Ehefrau des J. erstattet worden. Natürlich hat die brave Frau nur aus patriotischer Entrüstung über die wenig monarchischen Äußerungen ihres Mannes die Anzeige erstattet.

Aus der Kaserne. Wegen unerlaubter Entfernung aus dem Heere wurde vom Kriegsgericht in Allenstein ein Kanonier Bloch unter Einrechnung der Untersuchungsfrist zu 43 Tagen Gefängnis verurtheilt. Er war zur Desertion getrieben worden durch rohe Behandlung seitens der älteren Mannschaften seiner Batterie. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht wurde festgestellt, daß Bloch bei den alten Mannschaften einer ganz gemeinen Behandlung ausgesetzt war. Er mußte wiederholt in der Stallgasse Spekrühen laufen, wobei als Spekrühen von den alten Mannschaften Reitgeräten gebraucht wurden. Bei der Schießübung der Batterie in Urbs wurden die Mißhandlungen so lange fortgesetzt, bis B. desertierte. Er erklärte, daß er lieber ein Jahr später nachgedient hätte, als mit diesen Mannschaften zu gleicher Zeit zu dienen. Kriegsgerichtsrath Beck führte aus, daß so manche Selbstmorde unter den Militärmannschaften vorkommen, deren Ursachen nicht ermittelt werden. Hier wäre die Ursache klar gewesen, wenn B. Selbstmord begangen hätte. Weit schärfer als Bloch wurden seine Kameraden vom Kriegsgericht verurtheilt, die ihn zur Desertion getrieben hatten. Zwei erhielten je 5 1/2 Monate, zwei andere Gefängnisstrafen zu 4 und 3 Monaten.

Ein „polizeilicher Mißgriff“ irrt die bürgerliche Presse wieder einmal mit großer Breite. Ein Münchener Geschäftsführer hat das Recht gehabt, von der Münchener Polizei für einen festerlich verfolgten Verbrecher gehalten zu werden. Obgleich das im Steckbrief gegebene Signalement auf den Verdächtigen keineswegs zutrifft — der vermeintliche Verbrecher besaß nämlich zwei normal gewachsene untere Extremitäten, während der Steckbrief ein kürzeres Bein feststellte — wurde der Geschäftsführer auf die Aussage mehrerer Zeugen hin, die seine Photographie als die des Gesuchten erkennen zu können glaubten, nach Stade eingeliefert und dort solange im Gefängnis interniert, bis er vor dem Untersuchungsrichter sein Alibi überzeugend nachweisen konnte und ihm auch von den nunmehr mit ihm persönlich konfrontierten Zeugen die Nichtidentität mit dem Gesuchten bestätigt wurde. In der That scheint aus den Mittheilungen hervorzugehen, daß die Polizeibehörde in dem fraglichen Fall durch Anwendung größerer Sorglichkeit das bedauerliche Mißverständnis hätte vermeiden können, allein wenn man bedenkt, wie wenig Jederlesens in ähnlichen Fällen mit Proletariern gemacht wird, die ihre gesellschaftliche Stellung nicht von vornherein gegen einen ähnlichen Verdacht schützt, so wird man die Entrüstung über den Mißgriff doch ein wenig übertrieben finden.

Das oberste Landesgericht in Bayern hat die Frage bejaht, ob Zivilpersonen sich auch der Beihilfe zu einem militärischen Vergehen des Belügens eines Vorgesetzten schuldig machen und deswegen bestraft werden können. Schöffengericht und Landesgericht hatten die Frage verneint, da es sich um eine Uebertretung handle und Beihilfe zu einer solchen straflos sei. Das Oberste Landesgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die militärische Straftat ein Vergehen gewesen und deshalb die Beihilfe auch ein Vergehen sei. Eine Zivilperson hatte einem Militärminister auf dessen Wunsch ein Telegramm mit erfundenem Inhalt geschickt, um jenem Urlaub zu verschaffen.

Ein graufiger Zufall. Eine der Sensationen der letzten Pariser Theaterpielzeit, war eine Szene, in der ein Mann, der eben mit seiner außerhalb Paris weilenden Frau ein Telefongespräch führt, Ohrenzeuge ihrer Ermordung wird. An diese aufregende Szene erinnert eine Mittheilung, die in einem Berichte des „Journal“ über den Untergang Saint Pierre am 8. Mai zu finden ist. Der Direktor des Telephonamts in Fort de France, Garnier-Laroche, ließ sich am Morgen des 8. Mai, kurz vor 8 Uhr früh, mit dem Telephonamt in St. Pierre verbinden, um sich über die Lage dort zu erkundigen. Ein Telephonbeamter in Saint-Pierre antwortete, schilderte die Lage als sehr ernst, die Stadt sei durch die von der Montagne Pelée herabkommenden Rauchwolken so vernebelt, daß man Lampen brennen müsse. Alles deutete auf eine nahe Katastrophe hin. Plötzlich vernahm man

vor. Unser Philosoph vermochte kaum zu sprechen. In kurze erfuhr Flug Alles. Er ging zur Frau Hellmann — sie lag im Bett und siebete, der Arzt war dort und das Hausmädchen wich nicht von ihrer Seite. Der kleine Humorist und Zeichner vom „Stachel“ verlor seinen Augenblick seine Fassung. Frau Hellmann mußte jetzt eine Stütze haben. Daß Flug sogleich an Willy dachte, wird ihm Niemand verargen. Er schickte zu ihr. Dann begann er das Redaktionsheft zu schwingen. Und sein Humor verließ ihn trotz der Erschütterung, die Doras Fall und Hellmanns That auf ihn ausgeübt hatten, keine Minute.

Selbstmord, um der Hitze zu entfliehen. Aus Italien wird der „Volkstz.“ geschrieben: Der Zugführer C. Pini, der vor drei Monaten von Bologna weg veretzt worden war, und den Dienst zwischen Bari—Brindisi—Sece—Gallipoli und Tarent zu besorgen hatte, erkrankte am Nachmittag des 8. ds. Mts. plötzlich bei der Direktion der Adriatischen Eisenbahn und verlangte in drohendem Ton die sofortige Juridische seiner Veretzung. Als bekannt wurde, daß er ohne Urlaub seinen Posten verlassen habe, wurde ihm unter Androhung des Verlustes eines Monatsgehalts befohlen, sich augenblicklich der Inspektion von Bari zur Verfügung zu stellen. Der Unglückliche aber schrie: „Sieber in den Tod als zurück in jene Hölle!“ — nahm Abschied von seiner in Bologna zurückgelassenen Familie und erschoss sich.

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis Südost 1000,—. 4. Kreis Ost 1500,—. 5. Kreis sozialdem. Verein 300,—. 6. Kreis 1000,—. Berlin diverse Beiträge 489,05. „Buchhandlung Vorwärts“, P. S. 15 000,—. Bzthelude, von den Alten durch Weber 3,—. Braunschweig, Parteibeitrag vom sozialdemokratischen Arbeiterverein 400,—. Bern 50,—. Bochum, Parteibeitrag des sozialdemokratischen Vereins von Bochum und Umgegend 40,—. Bremen, von den Parteigenossen 300,—. Bamberg, sozialdemokr. Verein 20,—. Breslau, sozialdemokr. Verein 50,—. Crimmitschau 150,—. Crismania, sozial. Klub Vorwärts 50,—. Charlottenburg, Kranzüberwurf vom 7. Bezirk 12,20. Dresden, 4. sächsischer Reichstagswahlkreis 400,—. Durlach, sozialdemokratischer Verein 20,—. Falkenberg (Oberschlesien) 15,—. Gießen, E. N. 10,—. Greiz, Wahlkreis Neuß a. V. 100,—. Großenhain, 7. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 200,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Haffert bei Bremen, von Parteigenossen 10,—. Hüllen, Kreis Selbstkirchen, durch R. S. 30,—. Hagen i. W., Ungenannt 3,—. Hohenau, von Parteigenossen von S. und Umgegend 50,—. Hamburg, im Monat Juni in der Expedition des „Echo“ eingegangen 324,35. Hagen i. W., durch den Vertrauensmann 30,—. Halle a. S., vom Saalekreis 300,—. Jeno, 3. wimarischer Wahlkreis 2. Quart. 1902 30,—. Klingenthal, lustige Unterhaltung Herberge 2,50. Langenbisch im Wahlkreis Hanau, Ueberwurf der Maiseier 30,—. Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreise 2000,—. Magdeburg, durch die „Volkstimme“, noch für Belgien eingegangen in zwei Raten 25,55. München, Waldläufer 5,—. Marburg a. L., von Parteigenossen 10,—. Meerane, N. S. 5,—. Magdeburg, von den Parteigenossen 200,—. Niederzöblich, 19. sächs. Reichstags-Wahlkreis 50,—. Nürnberg, sozialdemokr. Verein Nürnberg-Altendorf 20,—. Nürnberg, Marcel 2,—. Nürnberg, vom Gau Nordbayern für das erste Halbjahr 380,—. Niederbarnimer Reichstags-Wahlkreis 500,—. Offenbach a. M., vom heftigen Landesomitee 300,—. Oelsnitz i. B., Auflösung des Gefangenenvereins „Echo“ 9,34. Potsdam-Spandau-Orhavelland, durch den Kreis-Vertrauensmann 200,—. Reichenbach i. B., rothe Hochzeit 3,20. Reichenbach i. Schl., Wahlverein 5,—. Saarebevier, drei stille Genossen durch J. L. 8,50. Straßburg i. El., Altwater 5,—. Solingen 50,—. Torgau, Wahlkreis Torgau-Liebenwerda 50,—. Taura b. Burgstädt, fidele Sänger 1,20. Vegeack, Ueberwurf der Maiseier des sozialdemokr. Vereins für Vegeack und Umgegend 100,—. Württemberg 100,—. Weißwasser, durch R. M. 10,—. Warnemünde, vom Ostseestrand 30,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißensfels-Raumburg 50,—.

Berlin, den 9. Juli 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

berigen Wirtschaftspolitik eintrete. Von den moralischen Vergehen der gefährdeten Exzellenz zu berichten, oder Forderungen daran zu knüpfen, hätte man Abstand genommen.

Diese Nachricht war das Signal zum Angriff in der Presse. Die höchste Blüthe des Handels und der Industrie hatte zum Sturm gebildet, der Federkrieg konnte beginnen, ohne daß man Gefahr lief, als Staatsgefährlich einen Platz neben Hellmann einzunehmen zu müssen. Für Hellmann wurde eine Brücke nach der anderen geschlagen, und die Steine, die dabei abfielen und zertrümmert wurden, trafen immer nur den Minister. Selbst Leute, die dem verhassten Redakteur des „Volkstz.“ oft als erbitterte Gegner gegenüberstanden, selbst sie haben sich gezwungen, für ihn Partei zu ergreifen. Der Herrmann, mit dem Hellmann seinen Namen gebenedauert hatte, löste ihren Bewunderung ein. Sogar nach einer wurde der Minister jetzt aufgeführt, seine Gattin zu nennen. Konspiration auf Konspiration erfolgte, aber man ließ sich nicht abspüren. Man hat aber Recht gehabt, Farbe zu bekennen. Die allgewaltige Synagoge für Hellmann fragte sich vor Tag zu Tag. Was ist das in diese Artzengung, die die Gemüther beherrschte, drang eine zweite konspirationelle Kunde — die Nachricht von dem Fall Hermann Koloff. Wie ein dunkles Geruch tauchte diese Nachricht jetzt auf, man lächelte und sprach von politischen Vorurteilen, man zwang die Köpfe und deutete auf die Verschwendung hin, mit der Koloff noch vor wenigen Tagen bei seinem Tode den Beweis seines außerordentlichen Reichthums gegeben hatte. Da brachte die „Stadtpost“ einen Artikel aus der Feder Feigenblatts über das Fest. Die Depeche aus London war in dem Journalen erschienen, eben so hatte der Dolher in seiner halb jüdischen Kaiserin Doras als „kaiserliche Doppelagentin“ wieder durch ein Verhörprojekt aus hinter Tagesorden hingestellt, in einer Art und Weise, die jedes anständigen Menschen mit Wider-

willen erfüllen mußte. Die Depeche war fast wörtlich wiedergegeben. Man begann die Sache ernster zu betrachten. Es dauerte auch nicht lange, so kam die Bestätigung des Gerüchtes. Die Silberminen waren vernichtet, und Smith u. Rowa, die Bankfirma, der die Ausbeutung der Minen von Koloff übertragen war und die sein Vermögen verwaltete, hatte fallirt. Koloffs ganzes Vermögen war in Spekulationen verwickelt, die bei dem Mangel an neuem Kapital als verloren betrachtet werden konnten. Der Tummel des industriellen Glücks hatte nur kurze Zeit gedauert. Das Hoffmann der Arbeiterfreunde war verbannt, und das ehemals so laut posierte: „Es wird Geld unter die Leute kommen“, verwandelte sich in die Parole: „Wir sind alle ruiniert.“ Tausende von Kleinindustriellen und Handwerkern waren an den Koloff'schen Banken theilhaftig und Hunderte größerer Fabrikanten hatten ihr ganzes Vermögen flüssig gemacht, um diesen Industriellen und Handwerkern Beschäftigung zu geben. Ein tausendjähriger Schrei hallte von den Lippen der Ruinierten. Nur die verhassten Steuipfer von Berlin, die mit jehowanischer Weisheit das Ganze vorher gesehen, nur sie lächelten, drückten sich die Hände und sagten: „Es ist die alte Geschichte: Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.“

Es war ein Umschlag in der Stimmung eingetreten, der wie ein kaltes Bad auf einen Rausch wirkte. Ueber Nacht war das Projekt der Staatsindustrie zu Wasser geworden, und jetzt erst ergriß die ersten Leute ein Schwindel bei dem Gedanke, es wie viel tausendfach größer das Glück gewesen wäre, wenn mitten im Betriebe der Nationalwerkstätten der Banderott herabgedröhren wäre.

In der Redaktion des „Volkstz.“ ging es am Tage der Verschönerung Hellmanns außerordentlich lebhaft zu. Als Flug wie gewöhnlich abwesend und guter Dinge das Bureau betrat, fand er Herrn Friedrich Miller bereits in größter Aufregung

vor. Unser Philosoph vermochte kaum zu sprechen. In kurze erfuhr Flug Alles. Er ging zur Frau Hellmann — sie lag im Bett und siebete, der Arzt war dort und das Hausmädchen wich nicht von ihrer Seite. Der kleine Humorist und Zeichner vom „Stachel“ verlor seinen Augenblick seine Fassung. Frau Hellmann mußte jetzt eine Stütze haben. Daß Flug sogleich an Willy dachte, wird ihm Niemand verargen. Er schickte zu ihr. Dann begann er das Redaktionsheft zu schwingen. Und sein Humor verließ ihn trotz der Erschütterung, die Doras Fall und Hellmanns That auf ihn ausgeübt hatten, keine Minute.

„Ein Königreich für einen guten Zeitartikel, mein lieber Herr Miller“, sagte er; „was meinen Sie dazu, würden Sie wohl —“

Herr Friedrich Miller vergrub sein Sinn in den Ausschmitt seines Stehtragens und warf zuerst wie gewöhnlich einen Blick auf seine Kravatte, bei deren Anblick sich sein Gesicht immer zu verklären pflegte. Dann sprang er plötzlich auf:

„Bester Herr Flug, Sie wollten mir wirklich heute ein Mal den Raum an der Spitze des Blattes —? Wissen Sie, ich fühle mich stark wie ein Riese; wie Simson, als er die Philister mit den Köpfen zusammenschlug. Dieser Mann, vor dem halb Europa zittert, mit Ausnahme des „Volkstz.“, hat gerade den Richtigen getroffen, wenn er mit Friedrich Miller anbindet — oh der soll mich kennen lernen, aber der soll mich kennen lernen, aber, bester Herr Flug, da fällt mir was ein — nein, das geht nicht. Ich kann gegen den Mann nicht schreiben. Deshalb mußte ich nicht schon früher aus Ihren Händen die Giftdose in Empfang nehmen, dann wäre ich wohl nie so weit gekommen.“

Herr Friedrich Miller machte eine so klägliche Miene, daß Flug laut aufschrie. (Fortsetzung folgt.)